

# ENERGIE-ALLTAG

Juni 2000

2 Alles wird teurer



3 Bäckerfamilie Beer: «Belastung im Betrieb»



4 Die Energiesteuern im Internet



5 Rückerstattung: problematisch  
6 Kleine Schweiz ganz gross

## Keine neuen Steuern auf Energie

Am 24. September 2000 kommen drei wichtige Steuer- und Subventionsvorlagen zur Abstimmung. Den Stimmberechtigten werden die drei Geschäfte aber nicht als neue Steuern «verkauft», sondern als Umweltvorlagen. In Wirklichkeit verstecken sich hinter der Solarinitiative, der Förderabgabe und der Grundnorm nichts anderes als drei neue Steuerprojekte. Dieses 4-Milliarden-Steuerpaket ist schädlich und ungerecht.

1 Das Steuerklima in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Die Steuerquote stieg seit Anfang der neunziger Jahre von 30 auf 35 Prozent – stärker als in jedem anderen OECD-Land.

2 Und nun sollen auch noch neue Steuern auf der Energie erhoben werden. Damit würde die Steuerbelastung weiter ansteigen. Die teure Schweiz würde dadurch noch teurer.

3 Gleichzeitig will der Bund neue Subventionen einführen. Einige wenige Branchen und Unternehmen sollen während 15 bis 20 Jahren mit allgemeinen Steuergeldern gefördert werden. Die frühere Landwirtschaftspolitik hat aber gezeigt, dass mit Subventionen keine dauerhaften Arbeitsplätze geschaffen werden. Den wenigen Gewerbetreibenden und Teilen der Bauwirtschaft, die vom staatlichen Subventionsregen vorübergehend profitieren, steht die grosse Masse der Steuerzahler gegenüber. Eine solche Umverteilung führt nur zu massiven Wettbewerbsverzerrungen und Ungerechtigkeiten.

4 Die neuen Energiesteuern des Bundes haben aber noch einen weiteren Haken: Alle werden zur Kasse gebeten, aber nicht alle gleich stark. Besonders benachteiligt werden Familien, Menschen mit tiefen oder keinem Erwerbseinkommen, Rentnerinnen und Rentner. Sie alle werden weit mehr Steuern bezahlen als ihnen zurückerstattet wird, wie es die Grundnorm vorsieht.

5 Die Schweiz gilt seit Jahren als «Musterschülerin» in Sachen Umweltschutz: Die Industrie hat ihre Energieeffizienz seit 1980 um 22 Prozent gesteigert, die Luftbelastung durch den Verkehr ist deutlich zurückgegangen, und bei der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses haben wir eine Vorreiterrolle. Trotz dieses positiven Umweltverhaltens soll die Schweizer Bevölkerung nun mit neuen Energiesteuern bestraft werden.

Am 24. September gibt es daher nur eine Antwort: 3x Nein zu neuen Steuern auf Energie!

### Drei neue Steuervorlagen:

Vorlage	Inhalt	Auswirkungen
Solarinitiative	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Besteuerung nicht erneuerbarer Energien während 25 Jahren</li> <li>• Steuersatz: 0,5 Rp./kWh</li> <li>• Subventionen von 880 Mio. Franken/Jahr</li> <li>• Förderung Solarenergie/effiziente Energienutzung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige</li> <li>• Wettbewerbsverzerrungen</li> <li>• Der alltägliche Energiebedarf wird teurer</li> <li>• Benachteiligung der Schweizer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb</li> </ul>
Förderabgabe (Gegenvorschlag zur Solarinitiative)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Besteuerung nicht erneuerbarer Energien während 15 Jahren</li> <li>• Steuersatz: 0,3 Rp./kWh</li> <li>• Subventionen 450 Mio. Franken/Jahr</li> <li>• Förderung Solarenergie/effiziente Energienutzung/Wasserkraft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige</li> <li>• Wettbewerbsverzerrungen</li> <li>• Der alltägliche Energiebedarf wird teurer</li> <li>• Benachteiligung der Schweizer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb</li> </ul>
Grundnorm (Gegenvorschlag zur mittlerweile zurückgezogenen Energie-Umwelt-Initiative)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verfassungsgrundlage für eine «ökologische Steuerreform»</li> <li>• Besteuerung nicht erneuerbarer Energien</li> <li>• Steuersatz: 2 Rp./kWh</li> <li>• Steuerertrag: 3 Milliarden Franken/Jahr</li> <li>• Rückerstattung über Lohnnebenkosten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verzerrender Rückerstattungsmechanismus</li> <li>• Die teure Schweiz wird noch teurer</li> <li>• Familien, Senioren, einkommensschwache Haushalte und Randregionen gehören zu den Nettozahlern</li> <li>• Wettbewerbsnachteile</li> </ul>

#### CO-PRÄSIDIUM

Dem Co-Präsidium des «Komitees gegen neue und ungerechte Steuern» gehören folgende National- und Ständeräte an:

**FDP** Gerold Bührer  
Käthi Bangerter  
Yves Guisan

**SVP** Hans Kaufmann  
Christian Speck  
Jean Fattebert

**CVP** Carlo Schmid  
J.-Claude Vaudroz

**Liberales** Barbara Polla  
Rémy Scheurer



## Was die Steuer- vorlagen bewirken würden

### SUBVENTIONEN

Die Solarinitiative wie auch die Förderabgabe führen zu einer neuen Subventionswirtschaft. Die Solarenergie, die effiziente Energienutzung und die Wasserkraft sollen subventioniert werden.

### ENERGIEINTENSIVE BETRIEBE: DAUERHAFT AUSGENOMMEN?

Energieintensive Betriebe sind von den neuen Steuern vorderhand noch ausgenommen. Wie lange diese Ausnahmeregelung Gültigkeit hat, ist ungewiss. Die EU betrachtet sie als verdeckte Subventionen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Subventionen im EU-Raum fallen werden. Dies dürfte dann auch das Ende der Sonderregelung für energieintensive Betriebe in der Schweiz bedeuten.

**U MWELT**  
Wir müssen unsere Umwelt schützen. Aber nicht mit neuen Steuern. Wir haben seit dem 1. Mai 2000 das CO<sub>2</sub>-Gesetz, welches gezielt zum Schutz unseres Klimas beitragen wird. Die Schweiz hat in der Klima- und Umweltpolitik eine Vorreiterrolle.

# Alles wird teurer

**U**m die Steuern bezahlen zu können, arbeiten Schweizerinnen und Schweizer vier Monate im Jahr nur für den Staat. Die Steuerbelastung ist seit Beginn der neunziger Jahre im Vergleich zum Ausland massiv gestiegen. Doch damit nicht genug: Die drei Abstimmungsvorlagen vom 24. September wollen die Energie besteuern und damit das Leben der Schweizerinnen und Schweizer weiter verteuern.

Noch zu Beginn der neunziger Jahre lag die durchschnittliche Steuerbelastung in der Schweiz bei 30,9%. Heute, zehn Jahre später, beträgt sie bereits 35,1%. Ein Anstieg, der mit 4,2 Prozentpunkten im internationalen Vergleich seinesgleichen sucht.

Die Einführung von Energiesteuern wird den Privathaushalten zusätzliche Steuern aufbürden und insbesondere die unteren und mittleren Einkommen zusätzlich belasten. Zu den direkten und indirekten Steuern, zu den Sozialbeiträgen und Krankenkassenprämien wird die Bevölkerung zusätzlich noch die Energiesteuern zu berappen

haben. Das Wohnen, das Heizen und der Privatverkehr werden massiv verteuert, ohne dass unmittelbare Vorteile daraus resultieren. Die Preisvorteile, die der Wirtschaft, der Bevölkerung und den Energiekonsumenten aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes zugute gekommen wären, werden damit wieder zunichte gemacht.

### Mit folgenden Verteuerungen werden Privathaushalte und Wirtschaft zu rechnen haben:

- Ein Liter Benzin wird nochmals um 20 Rappen teurer
- Heizöl wird bis 50% teurer
- Gas wird ebenfalls bis 40% teurer
- Strom wird teurer



Ein Kanister Benzin bald so kostbar wie eine gute Flasche Wein?

# Bäckerfamilie Beer: «Unser Betrieb ist schon genug belastet»

**N**euere Steuern für die einen – Entlastung der Lohnkosten für die anderen. Die ökologische Steuerreform, wie sie im Herbst zur Abstimmung gelangt, hat negative Folgen zum Beispiel für das Kleingewerbe.

**S**eine Bäckerei liegt zwanzig Autominuten östlich von Bern. Markus Beer erwartet den Besucher in der Backstube. Sie ist klein, sauber und wirkt eher wie eine grosse Küche. Die Temperatur ist erstaunlich angenehm, die Abwärme des riesigen Ofens kaum spürbar. Ein Glück, denn Markus und seine Frau Petra arbeiten hier beinahe rund um die Uhr – und das an sechs Tagen pro Woche.

**W**as für sie Energie bedeutet? «Das tägliche Brot gewissermassen», lacht Markus Beer. Die Energiekosten für die 60'000 kWh, die er jährlich für seinen Familienbetrieb benötigt, sind happig. Manches Kilo Brot muss gebacken und verkauft werden, bis Bäcker Beer seine Stromrechnung bezahlen kann.

**B**äcker Beer ist keineswegs gegen Umweltschutz und ökologische Nachhaltigkeit. Als Kleingewerbler muss er jedoch knapp und präzise kalkulieren. Er fragt sich deshalb, was ihn neue Energiesteuern kosten würden. Nein, gesteht er, informiert habe ihn noch niemand. «Aber eigentlich belasten schon genug bürokratische Auflagen unseren Betrieb», findet Ehefrau Petra: «Hier eine Einschränkung, dort eine sichtbare oder versteckte Steuererhöhung – es ist die Summe aller Abgaben, die uns das Überleben als Kleinbetrieb schwer macht.»

**I**nzwischen haben Petra und Markus gerechnet: «1400 Franken Mehrkosten allein für die Energie! Das ist massiv, und den elektrischen

Ofen können wir ja auch nicht herausreissen.»

Das würde Beers nicht weiterhelfen. Denn würde der Ofen zum Beispiel mit Gas geheizt, wären die Mehrkosten noch um ein Vielfaches höher. «Könnten wir dieses Geld nicht besser für Investitionen gebrauchen?», fragt Petra.

**A**ber die neuen Energiesteuern sollen doch zumindest teilweise rückerstattet



werden? Das weiss Bäcker Beer. Doch seine Rückerstattung fällt – im Gegensatz zur Steuerrechnung – minimal aus, denn es gibt keine Angestelltenlöhne, die ins Gewicht fallen.

**W**as halten Beers davon? «Wir verschwenden die Energie ja nicht. Wir brauchen sie jedoch, um unsere Arbeit zu machen», meint der Bäcker. «Und sollen wir also tatsächlich Berufsgruppen, die besser verdienen und viel weniger lange Arbeitstage haben, unterstützen?», fragt Petra und schaut ihren Mann fragend an: «Ist das ökologisch?» Beers sind sich einig: «Für uns jedenfalls nicht!»

## HÖHERE MIETEN

Die Mietnebenkosten werden deutlich ansteigen, denn Heizöl wird bis 50% und Gas bis 40% teurer. Dies führt automatisch zu einem Anstieg der Mietkosten. Einfluss auf Energiesparmassnahmen wie Sanierung der Heizung oder Verbesserung der Isolation hat aber nur der Vermieter.

## HAUSBESITZER VORSICHT!

Mit den neuen Energiesteuern werden die Hausbesitzer kräftig zur Kasse gebeten. Die Kosten für Heizen und Warmwasser werden bis 50% ansteigen.

## GEWERBE BETROFFEN

Bezahlen wird auch das Gewerbe. Alle sind betroffen: Coiffeure, die warmes Wasser und Strom brauchen, genauso wie Lebensmittelgeschäfte mit ihren Klima- und Kühlanlagen und Hotels wegen des grossen Warmwasserverbrauchs der Heizung und der Klimaanlage. Das 4-Milliarden-Steuerpaket schadet der Schweizer Wirtschaft und benachteiligt das einheimische Gewerbe.

## TOURISMUS

Höhere Energiekosten werden auf die Preise überwälzt und senken die Attraktivität des Ferienlandes Schweiz. Besonders betroffen sind Bergregionen, die vom Tourismus leben.

# Die Energiesteuern im Internet:

[www.energiesteuern-nein.ch](http://www.energiesteuern-nein.ch)

**S**chnell, übersichtlich und informativ: Auf der Internet-Site des «Komitees gegen neue und ungerechte Steuern» finden Sie ein breites Angebot an Informationen.



## **RAND-REGIONEN**

In den letzten Jahrzehnten wurde die wirtschaftliche und verkehrsmässige Distanz der Randregionen zu den Mittellandzentren durch grosse Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bewusst verringert. Neue Steuern auf Energie würden diese Anstrengungen zunichte machen! Höhere Benzinpreise verteuern Transportwege, so dass die Randregionen wieder abgehängt werden.

## Bestellitalon

- Anz. **dieser Publikation**
- Anz. **Broschüre**
- Anz. **Flyer**
- Anz. **Kurzargumentarium**
- Anz. **Überblick Energie-Vorlagen**
- Anz. **Argumentarium**

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Senden an: **Politisches Komitee gegen neue und ungerechte Steuern**  
**Postfach 251, 8032 Zürich, [www.energiesteuern-nein.ch](http://www.energiesteuern-nein.ch)**

Faxen an: 01/421 16 17

# Rückerstattung: problematisch

**D**ie Grundnorm sieht vor, die Einnahmen aus der Energiesteuer über die obligatorischen Lohnnebenkosten zurückzuerstatten. Konkret: Der AHV-Beitrag der Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll um je 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden. Deshalb, so die Befürworter der Grundnorm, sei die Verteuerung problemlos, da sie ja vollumfänglich zurückerstattet werde. Die Realität sieht aber ganz anders aus!

Die Rückerstattung führt dazu, dass ganze Bevölkerungsgruppen leer ausgehen: Sie bezahlen nur, erhalten aber nichts zurück. Darunter fallen beispielsweise Rentnerinnen und Rentner, Nichtverdienende wie Jugendliche in Ausbildung oder Familienmitglieder, die in Kleingewerbebetrieben aushelfen.

Auch Familien, der Mittelstand und tiefe Einkommen werden benachteiligt. Es ist klar, dass eine Familie einen relativ hohen Energieverbrauch hat.

Da die Rückerstattung aber über den Lohn erfolgt, gehören Familien mit nur einem Einkommen oder Haushalte mit tiefen Löhnen zu den Verlierern.

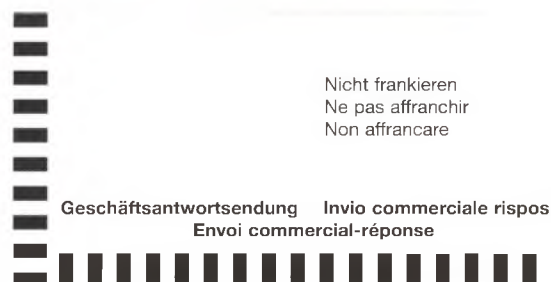
Für Doppelverdiener ohne Kinder oder Haushalte mit sehr hohem Einkommen sieht die Rechnung jedoch sehr gut aus. Tiefer Energieverbrauch – tiefe Steuerbelastung – aber hohe Rückerstattung.

Problematisch ist das Modell auch noch in anderer Hinsicht: Falls die Lenkungswirkung nun tatsächlich eintreten sollte, würde der AHV entweder weniger Geld als heute zufließen oder der Steuersatz müsste erhöht werden.

Fazit: Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ein an sich sinnvolles Postulat. Die konkrete Ausgestaltung der Rückerstattung führt nun aber zu ungewollten Verzerrungen und zu problematischen steuerpolitischen Ungerechtigkeiten.

## GROSSE ERFOLGE IM STRASSENVERKEHR

Eine aktuelle Studie des BUWAL zeigt die Erfolge bei der Reduktion der Luftschadstoffe im Strassenverkehr. Mit eingeführten und beschlossenen Massnahmen sind die Emissionen bei den Stickoxiden, Kohlenwasserstoff, Schwefeldioxid, Russ und Blei bereits in den neunziger Jahren drastisch zurückgegangen. Weitere Rückgänge um den Faktor 2 bis 3 stehen bevor. Damit wird das Emissionsniveau der fünfziger Jahre erreicht werden. Beim Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) kam es vorerst zu einer Plafonierung. Mit dem am 1. Mai 2000 in Kraft getretenen CO<sub>2</sub>-Gesetz sind hier weitere Verbesserungen in Aussicht.



Komitee gegen neue  
und ungerechte Steuern  
Postfach 251  
8032 Zürich

# Kleine Schweiz ganz gross

Die Befürworter von neuen Steuern auf Energie behaupten, dass in der Schweiz nichts für die Umwelt getan werde. Sie appellieren an das schlechte Gewissen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, um den drei Steuervorlagen zum Durchbruch zu verhelfen. Doch wir brauchen uns nichts vorzuwerfen: In der Schweiz wurde und wird sehr viel für die Umwelt getan, in vielen Bereichen sind wir weltweit führend.

## Die gesetzlichen Bestimmungen und Projekte zum Schutz der Umwelt sind zahlreich:

- CO<sub>2</sub>-Gesetz
- Aktionsprogramm Energie 2000
- Mineralölsteuergesetz
- Umweltschutzgesetz
- Luftreinhalteverordnung
- VOC-Lenkungsabgabe
- Lenkungsabgabe auf Heizöl
- Förderung des öffentlichen Verkehrs

Und diese Aufzählung ist längst nicht vollständig.



Die Bestrebungen zeigen auch Wirkung. Ein Beispiel ist das Aktionsprogramm Energie 2000. Breite Kreise von Verbrauchern vereinbarten auf freiwilliger Basis Ziele im Bereich von Umweltschutz und effizienter Energienutzung. Die Erfolge lassen sich sehen: Im vergangenen Jahr wurden mit freiwilligen Massnahmen 2,4 Prozent Energie eingespart; 5620 Arbeitsplätze wurden geschaffen.

Der Schweizer Staat gibt jährlich über zwölf Franken pro Kopf für die rationelle Energienutzung aus. Damit liegt er in Europa an dritter Stelle. Doch nicht nur auf staatlicher Ebene ist die Schweiz vorbildlich. Die Bevölkerung leistet im Alltag zahlreiche Beiträge. Die Schweizerinnen und Schweizer sind ein Volk von «Sammlern»: Im vergangenen Jahr wurden 21'300 Tonnen PET-Flaschen gesammelt. Dies entspricht einer Recyclingquote von 83 Prozent. Damit liegt die Schweiz europaweit an der Spitze.

Bereits diese wenigen Beispiele zeigen, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer tatkräftig und vorbildlich für den Umweltschutz einsetzen. Die Bevölkerung jetzt mit neuen Steuern zu bestrafen – unter dem Deckmantel des Umweltschutzes – ist unfair.

## GRENZGEBIETE

Um 20 Rappen höhere Benzinpreise führen unweigerlich zu empfindlichen Einnahmeausfällen, und dies nicht nur bei Tankstellen, sondern auch im Detailhandel und in der Gastronomie.

## SOLARENERGIE BRAUCHT KEINE FÖRDERUNG

Im vergangenen Jahr verzeichneten die öffentlichen Anbieter von Solar- und Ökostrom eine Zunahme von 30 Prozent bei den Bezüglern von Solarstrom. Die Zahl der Solarstromanbieter nahm von 65 auf 90 zu. Damit beweisen die Stromverbraucher ihr Umweltbewusstsein ganz ohne Verteuerung anderer Energieformen. Sollte sich die Solarenergie wirtschaftlich durchsetzen, wird sie dies unabhängig von staatlichen Massnahmen tun. Für ein nachhaltiges Bestehen der Solarenergie sind allein Angebot und Nachfrage von Belang.

**3x  
Nein**